

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 12. Dezember 2017

Nicht mehr kleckern, sondern klotzen!

EU-Nachhaltigkeitsranking 2017

Stabilisierung der Staatsverschuldung auf hohem Niveau: Dank der guten konjunkturellen Lage und der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank schlägt sich der jüngst erkennbare Trend zur Haushaltskonsolidierung auch im EU-Nachhaltigkeitsranking 2017 der Stiftung Marktwirtschaft nieder. Gegenüber dem Vorjahr sind die Gesamtschuldenstände in 19 der 28 EU-Mitgliedstaaten gesunken. Zwar ist im EU-Schnitt eine Verringerung der Nachhaltigkeitslücke um 39 Prozentpunkte festzustellen. Insgesamt leidet Europa aber weiterhin unter einer erdrückenden Schuldenlast von 217 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Spitzenreiter des Nachhaltigkeitsrankings ist 2017 erneut Kroatien. Erstmals seit fünf Jahren kann mit dem Balkanstaat die gegenwärtige Fiskalpolitik eines EU-Mitgliedslands wieder als nachhaltig bezeichnet werden, da das implizite Vermögen die expliziten Schulden übersteigt.

EU-Nachhaltigkeitsranking 2017

Basisjahr 2016

	In Prozent des BIP	Explizite Schulden	Implizite Schulden	Nachhaltigkeitslücke 2017 (Gesamtschulden)	2016	
1	Kroatien	83	-95	-12	39	Entwicklung ggü. 2016 ■ Schuldenabbau ■ Schuldenanstieg
2	Bulgarien	29	35	64	109	
3	Schweden	42	43	85	199	
4	Lettland	41	59	99	53	
5	Dänemark	38	67	105	62	
6	Portugal	130	-7	123	147	
7	Italien	132	-2	130	107	
8	Estland	9	134	144	39	
9	Deutschland	68	78	146	161	
10	Polen	54	103	157	179	
11	Tschechien	37	141	177	254	
12	Malta	58	140	198	337	
13	Ungarn	74	133	206	135	
14	Frankreich	97	153	249	266	
15	Österreich	84	177	260	249	
16	Slowakei	52	228	280	311	
17	Zypern	107	181	288	458	
18	Litauen	40	248	288	272	
19	Vereinigtes Königreich	88	210	298	390	
20	Niederlande	62	247	309	356	
21	Griechenland	181	145	326	331	
22	Finnland	63	342	406	432	
23	Rumänien	38	380	417	381	
24	Belgien	106	383	489	603	
25	Slowenien	79	412	490	549	
26	Spanien	99	520	619	765	
27	Irland	73	624	697	788	
28	Luxemburg	21	895	915	825	
	EU28	85	132	217	256	

Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.

Methode

Das EU-Nachhaltigkeitsranking basiert auf einer **ehrlichen Berechnung der Schuldenlast**. Die fiskalische Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Europa wird auf Basis aktuell vorliegender Finanz- und Wirtschaftsdaten analysiert und die Entwicklung der Staatsverschuldung sowohl im Vergleich zum Vorjahr als auch langfristig dargestellt. Neben den explizit ausgewiesenen Staatsschulden berücksichtigt das Ranking **absehbare künftige Defizite der öffentlichen Haushalte (implizite Schulden)** bzw. nach geltender Gesetzeslage zwingende Ausgaben, denen keine Reserven gegenüberstehen (z.B. Beamtenpensionen).

Ergebnisse

Die meisten europäischen Staaten setzen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte im Jahr 2017 fort. Die explizite Staatsverschuldung stabilisiert sich, lag aber Ende 2016 nur in 12 von 28 Staaten unterhalb der 60 Prozent-Schuldenstandsgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes (SWP). Hingegen haben es 25 Staaten geschafft, ihre aktuellen Haushaltsdefizite unter die 3 Prozent-Defizitobergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu drücken.

Neben Kroatien können auch Portugal und Italien ein – allerdings deutlich geringeres – implizites Vermögen ausweisen. Auch fallen deren explizite Schuldenstände wesentlich höher aus. **Deutschland kann seine Nachhaltigkeitslücke gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozentpunkte verringern.** Die Platzierung des Vorjahres kann somit zumindest gehalten werden: Deutschland verweilt **im Ranking auf Platz 9**. Angesichts der optimalen Rahmenbedingungen und guten wirtschaftlichen Entwicklung kann man diese Stagnation allerdings auch als Armutszeugnis und miserable Bilanz der Großen Koalition sehen.

Schlusslicht des Rankings 2017 ist Luxemburg, dessen Nachhaltigkeitslücke um 90 Prozentpunkte steigt und so mit Schulden in neunfacher Höhe seiner ausgewiesenen Wirtschaftsleistung konfrontiert ist. Auch in Irland, Slowenien und Belgien führt der Einfluss der demografischen Alterung und des damit einhergehenden Anstiegs der öffentlichen Ausgaben für Renten, Gesundheits- und Pflegeleistungen zu hohen impliziten Schuldenständen. In Spanien, Rumänien und Frankreich ist hingegen die derzeitige Haushaltspolitik Grund der hohen Schuldenstände. Hier müssen dringend Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen werden.

Fazit

Insgesamt **bleibt der Konsolidierungsbedarf weiterhin hoch**. Nur ein EU-Staat kann nachhaltige öffentliche Finanzen nachweisen. Selbst in Staaten wie beispielsweise Deutschland, in denen die Lage der öffentlichen Haushalte aktuell scheinbar wenig bedenklich ist, erfordert die langfristige Konsolidierung ehrgeizigere Zielvorgaben oder einfacher ausgedrückt: Nicht mehr kleckern, sondern klotzen!

Ansprechpartnerin

Dr. Susanna Hübner
Leitung Kommunikation, Medien und Ordnungspolitik

Tel. (030) 20 60 57 33
Fax (030) 20 60 57 57

huebner@stiftung-marktwirtschaft.de
www.stiftung-marktwirtschaft.de
www.markt-ruf.de

Mehr Informationen zum Thema und zur Methodik: www.ehrbarer-staat.de